

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 11.04.2007

Platz der Republik 1

Pet 3-16-41-8254-022925
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32860
Telefax (030) 227-30013

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Betr.: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.02.2007 an das Abgeordnetenhaus von Berlin,
hier eingegangen am 05.04.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,


Ihr Schreiben wurde dem Petitionsausschuss mit der Bitte um Bearbeitung zugeleitet. Nach Prüfung Ihrer Zuschrift erhalten Sie unaufgefordert weitere Nachricht. Angesichts der Fülle der insgesamt hier eingehenden Petitionen und der in jedem Einzelfall erforderlichen sorgfältigen Prüfung bitte ich um Verständnis, dass die Behandlung Ihrer Eingabe längere Zeit in Anspruch nehmen kann.

Bitte teilen Sie zwischenzeitliche Änderungen des Sachverhalts oder Ihrer Anschrift dem Petitionsausschuss unter dem angegebenen Aktenzeichen mit.

Personenbezogene Daten werden unter Wahrung des Datenschutzes gespeichert und verarbeitet. Dazu gehört im Regelfall auch, dass Ihre Petition mit allen von Ihnen gemachten - auch personenbezogenen - Angaben dem zuständigen Ressort der Bundesregierung zur Stellungnahme zugeleitet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


(Peggy Bähr)

10 Punkte zum Ablauf und Inhalt des Petitionsverfahrens

Um Ihnen Rückfragen zu ersparen, werden die im Regelfall üblichen Verfahrensschritte aufgezeigt.

1. Das Petitionsverfahren beim Deutschen Bundestag ist ein schriftliches Verfahren. Petitionen auf elektronischem Wege erfüllen diese Voraussetzungen nur, wenn sie auf einem der dafür im Internet zur Verfügung gestellten Formulare eingereicht werden.
2. Parlamentarisch beraten werden Bitten zur Gesetzgebung des Bundes und Beschwerden über die Tätigkeit von Bundesbehörden.
3. Petitionen, die nicht in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes fallen, werden an den Petitionsausschuss des jeweiligen Landesparlaments abgegeben, soweit die Landeszuständigkeit gegeben ist. Da der Deutsche Bundestag keine gerichtliche Instanz ist, kann er weder Urteile aussprechen noch Gerichtsentscheidungen aufheben oder abändern.
4. Zu jeder Petition wird eine Akte mit einer Petitions-Nummer angelegt. Die Daten werden unter Beachtung des Datenschutzes elektronisch erfasst. Der Absender der Petition (Petent) erhält eine Eingangsbestätigung.
5. Soweit erforderlich bittet der Petitionsausschuss das zuständige Bundesministerium oder die zuständige Aufsichtsbehörde des Bundes um Stellungnahme.
6. Die Stellungnahme des Bundesministeriums oder der Aufsichtsbehörde wird vom Ausschussdienst geprüft.
7. Kann die Petition nach der Stellungnahme erfolgreich abgeschlossen werden, wird dies dem Petenten mitgeteilt. Der Petitionsausschuss beschließt, den Abschluss des Verfahrens zu empfehlen. Der Deutsche Bundestag beschließt entsprechend dieser Empfehlung.
8. Ergibt die Prüfung des Ausschussdienstes, dass die Petition keinen Erfolg haben wird, gibt es zwei Möglichkeiten:
 - a) Dem Petenten wird das Ergebnis der Prüfung in einem vereinfachten Verfahren durch den Ausschussdienst mitgeteilt. Der Petent kann somit sein Anliegen noch einmal kritisch überprüfen und entscheiden, ob er seine Petition aufrechterhält.
 - b) Der Ausschussdienst erstellt für die parlamentarische Beratung eine Beschlussempfehlung mit Begründung. Der Petitionsausschuss berät die Petition und verabschiedet eine Empfehlung, über die der Deutsche Bundestag beschließt. Der Petent wird dann abschließend über das Ergebnis der Beratungen zu seiner Petition informiert.
9. Ergibt die Beratung im Petitionsausschuss, dass die Petition insgesamt oder teilweise begründet ist, fasst der Deutsche Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses einen entsprechenden Beschluss, der dem Petenten und der Bundesregierung übermittelt wird.
10. Die Bundesregierung ist wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung nicht verpflichtet, dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu folgen. In diesem Fall muss sie jedoch ihre abweichende Haltung gegenüber dem Petitionsausschuss begründen.

Das beschriebene umfangreiche Prüfungsverfahren ist nicht in wenigen Wochen durchzuführen. Bitte bedenken Sie auch: Sachstandsankfragen führen angesichts der Fülle der im Ausschussdienst zu bearbeitenden Vorgänge in aller Regel zu Verzögerungen in der Petitionsbearbeitung. Es wird deshalb gebeten, davon Abstand zu nehmen.

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchner Straße 5
10111 Berlin

-Nur per Fax: (030) 227-30013-

Pet 3-16-41-8254-022925

Berlin, 20.04.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Klage an die Bundesverwaltungsgericht vom 15.04.2007 sowie mein Schreiben vom 27.02.2007, die Fax: Kopie eingegangen vom 28.02.2007 15:52 Uhr an das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Mit freunlichen Grüßen

Ismail Rustem



DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 23.05.2007

Platz der Republik 1

Pet 3-16-41-8254-022925
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32860

Telefax (030) 227-30013

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Betr.: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 20.04.2007 an das Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrter Herr Ismail,

hiermit bestätige ich den Eingang einer Kopie Ihres Schreibens an das Abgeordnetenhaus von Berlin, dem auch ein Klageschreiben an das Bundesverwaltungsgericht Leipzig beigelegt war.

Ihr Schreiben nebst Anlage habe ich zur Kenntnis und zum Vorgang genommen.

Das Petitionsverfahren in Ihrer Rentenangelegenheit dauert noch an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Peggy Bähr)

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

-Nur per Fax: (030) 227-30013-

Pet 3- 16- 41- 8254- 022925

Berlin, 20.06.2007

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruchs an das Abgeordnetenhaus vom 15.06.2007 und an das Bezirksamt Neukölln vom 17.06.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem



DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 29.06.2007

Platz der Republik 1

Pet 3-16-41-8254-022925
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32860
Telefax (030) 227-30013

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Betr.: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 20.06.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,

ich bestätige Ihnen den Eingang der Kopien Ihrer Widerspruchsschreiben an das Abgeordnetenhaus sowie an das Bezirksamt Neukölln. Ihr Schreiben nebst Anlagen habe ich zur Kenntnis und zum Vorgang genommen.

Vorsorglich weise ich jedoch darauf hin, dass Ihnen der Deutsche Bundestag nicht helfen kann, wenn Sie mit der Entscheidung der Landesvolksvertretung nicht einverstanden sein sollten. Der Deutsche Bundestag hat gegenüber dem Landesparlament keine Weisungs- oder Aufsichtsbefugnisse.

Die Behandlung Ihrer Eingabe in Ihrer Rentenangelegenheit konnte hier noch nicht abgeschlossen werden.

Das um Stellungnahme gebetene Bundesversicherungsamt hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass Ihr Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 23. März 2007 zurückgewiesen wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie sich an das für Sie zuständige Grundsicherungsamt wenden können, da Ihnen unter Umständen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei dauerhafter Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) zustehen könnten.

Da die weitere Prüfung Ihrer Eingabe wegen Art und Dauer des Verfahrens längere Zeit in Anspruch nimmt, bitte ich Sie, sich zu gedulden.

Sobald mir ein neuer Sachstand bekannt wird, werde ich mich wieder mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

i. V. K.-B. Lenz

(Peggy Bähr)

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

ZT4/ POSTVERTEILER
11.07.07 13:52

-Nur per Fax: (030) 227-30013-

Berlin, 11.07.2007

Pet 3-16-41-8254-022925

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meiner Klage an das Bundesverfassungsgericht vom 25.06.2007 und an das Verwaltungsgericht Berlin vom 10.07.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meine Antrag vom 06.06.-10.07.2007, an das AG Tiergarten für eine Betreuung, und meine Schreiben an das Sozialgericht Berlin vom 27.06.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem



DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 18.07.2007

Platz der Republik 1

Pet 3-16-41-8254-022925
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32860
Telefax (030) 227-30013

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Betr.: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 11.07.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,

für Ihr Schreiben nebst Anlagen danke ich Ihnen.

Ich habe es zur Kenntnis und zum Vorgang genommen. Zu Ihrer Petition erhalten Sie baldmöglichst weitere Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

i.v. F.-B. Lauth

(Peggy Bähr)

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

-Nur per Fax: (030) 227-30013-

Pet 3- 16- 41- 8254- 022925

Berlin, 22.08.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe am 07.08.2007 beim Sozialgericht und am 12.08.2007 beim Amtsgericht Tiergarten eine Klage eingereicht (**Anlage 1 und 2**). Bis heute habe ich keine Antwort Ihrer seits erhalten. Ich bitte Sie daher mir bei meiner Klage behilflich zu sein. Bedanke mich im Voraus.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Bundesverfassungsgericht vom 07.08.2007, und meine Antwort an die Sozialgericht vom 25.07.2007 und 17.08.2007 (**Anlage 3 bis 5**).

Ich bitte Sie, dass meine Rechte seit **1998** wiederhergestellt werden.

Mit freunlichen Grüßen

Ismail Rustem



DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 11.09.2007

Platz der Republik 1

Pet 3-16-41-8254-022925
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32860

Telefax (030) 227-30013

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Betr.: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.08.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,

ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres weiteren Schreibens. Ich habe es zur Kenntnis und zum Vorgang genommen.

Zum Stand Ihres Petitionsverfahrens in Ihrer Rentenangelegenheit teile ich Ihnen mit, dass ich Ihre Eingabe zwischenzeitlich den Abgeordneten, die dem Petitionsausschuss zu Ihrem Anliegen Bericht erstatten werden, zugeleitet habe.

Nach abschließender Behandlung Ihrer Petition durch den Deutschen Bundestag werden Sie unaufgefordert über das Ergebnis unterrichtet werden. Ich bitte Sie, sich bis dahin zu gedulden.

Soweit Sie in Ihrem o. g. Schreiben um Unterstützung im anhängigen Klageverfahren bitten, weise ich auf Folgendes hin:

Die Erteilung von Rechtsauskünften und rechtlichen Ratschlägen muss grundsätzlich Rechtsanwälten und anderen zur Rechtsberatung befugten Personen vorbehalten bleiben.

Dem Deutschen Bundestag ist es wegen der Dreiteilung der Staatsgewalt und der Unabhängigkeit der Richter (Artikel 20, 92, 97 des Grundgesetzes) nicht erlaubt, gerichtliche Entscheidungen aufzuheben oder abzuändern.

Nach der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist die Rechtsprechung ausschließlich den Richtern anvertraut. Sie sind in ihrer Entscheidung unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Diese verfassungsrechtliche Regelung hat zur Folge, dass richterliche Entscheidungen nur von den zuständigen Gerichten und nur im Rahmen der von der Rechtsordnung dafür vorgesehenen Verfahren (Beschwerde-, Berufungs-, Revisionsverfahren etc.) aufgehoben oder abgeändert werden können.

Abschließend weise ich noch darauf hin, dass der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages nicht für Sie tätig werden kann, soweit Sie Entscheidungen von Landesbehörden beanstanden. Für eine parlamentarische Prüfung ist hier die Zuständigkeit der Landesvolksvertretung gegeben. Insoweit verweise ich auch auf mein Schreiben vom 29.06.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Peggy Bähr)

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

DEUTSCHER BUNDESTAG
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

-Nur per Fax: (030) 227-30013-

Berlin, 01.10.2007

Pet 3-16-41-8254-022925

(Germani)

Es verstößt gegen die Menschenrechte, wenn fremde Menschen hingerichtet werden und Menschen nicht deutscher Herkunft bewusst in Angst versetzt werden. Durch scheinbare und falsche Organisationen für Menschenrechte, die ihre Augen verschließen, werden noch viele Ausländer in den Tod getrieben. Mord gegenüber Ausländern ist ein Kinderspiel und ohne Hindernis zu vollstrecken, da der Staat dieses nicht verhindert und von der Strafverfolgung absieht. Ich betone nochmals, dass ich in jeder Hinsicht absolut unmenschlich und geradezu grausam behandelt werde. Nicht einmal die Tiere werden so schlecht behandelt wie ich. Mir wird **jede erdenkliche soziale und medizinische Hilfe** – aus welchen Gründen auch immer – **versagt!**

Zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Abgeordnetenhaus von Berlin und Bundesverfassungsgericht vom 24.09.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meines Beschwerde an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin vom 24.09.2007.

Mit freundlichen Grüßen

R. Ismail



Sendebestätigung

30-SEP-2007 20:39 SO

Faxnr. : 68083780
Name : FA STEPS

Name/Nr. : 22730013
S. : 8
Startzeit : 30-SEP-2007 20:34 SO
Dauer : 05'10"
Modus : STD ECM
Ergebnisse : [OK]

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

DEUTSCHER BUNDESTAG
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Nur per Fax, (030) 227-30013-

Berlin, 01.10.2007

Pet 3-16-41-8254-022925

(Germani)

Es verstößt gegen die Menschenrechte, wenn fremde Menschen hingerichtet werden und Menschen nicht deutscher Herkunft bewusst in Angst versetzt werden. Durch scheinbare und falsche Organisationen für Menschenrechte, die ihre Augen verschließen, werden noch viele Ausländer in den Tod getrieben. Mord gegenüber Ausländern ist ein Kinderspiel und ohne Hindernis zu vollstrecken, da der Staat dieses nicht verhindert und von der Strafverfolgung absieht. Ich betone nochmals, dass ich in jeder Hinsicht absolut unmenschlich und geradezu grausam behandelt werde. Nicht einmal die Tiere werden so schlecht behandelt wie ich. Mir wird **jede erdenkliche soziale und medizinische Hilfe** – aus welchen Gründen auch immer – **versagt!**

Zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Abgeordnetenhaus von Berlin und Bundesverfassungsgericht vom 24.09.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meines Beschwerde an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin vom 24.09.2007.

Mit freundlichen Grüßen

R. Ismail

